

Fronia, Joachim

Article — Digitized Version

Effizienz von Mehrwertsteuererhöhungen zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fronia, Joachim (1982) : Effizienz von Mehrwertsteuererhöhungen zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 5, pp. 235-240

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135679>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Effizienz von Mehrwertsteuererhöhungen zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen

Joachim Fronia, Tübingen

Zur Überwindung der schlechten Konjunkturlage hat die Bundesregierung ein Beschäftigungsprogramm¹ vorgeschlagen. Kernstück des Programms ist eine Investitionszulage, die durch eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. Juli 1983 um 1 Prozentpunkt (0,5 Prozentpunkte) von 13 (6,5) auf 14 % (7 %) finanziert werden sollte. Allerdings hatten weder Befürworter noch Gegner dieses Beschäftigungsprogramms Vorstellungen über das quantitative Ausmaß seiner Wirkungen. Der folgende Beitrag gibt die Ergebnisse einer quantitativen Analyse einer Mehrwertsteuererhöhung wieder² und interpretiert die gewonnenen Resultate vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Konjunktursituation. Von besonderem Interesse dürfte sein, daß eine Umstrukturierung des Steuersystems hinsichtlich der Überwindung einer Rezession einen größeren Erfolg verspricht als ein steuerfinanziertes staatliches Ausgabenprogramm.

Zwei Ansätze für eine mögliche Konjunkturbelebung durch finanzpolitische Maßnahmen werden im folgenden modellmäßig untersucht³. Beide Maßnahmen werden durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert, so daß keine zusätzliche Staatsverschuldung in Kauf genommen werden muß. Die erste Maßnahme setzt bei der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage an und beinhaltet eine nachfragestärkende Erhöhung der Staatsausgaben. Dies entspricht einer Budgetverlängerung und ist Gegenstand der ersten Modellrechnung. Die zweite Maßnahme kommt der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik entgegen und will die Konjunktur durch die Schaffung neuer Investitionsspielräume mit Hilfe niedrigerer direkter Steuern beleben. Dies entspricht einer Steuerstrukturverschiebung des Budgets und ist Gegenstand der zweiten Modellrechnung.

Das von der Bundesregierung angestrebte Beschäftigungsprogramm liegt wohl zwischen den beiden untersuchten Alternativen. Auf der einen Seite wirkt das Beschäftigungsprogramm nachfragebelebend und ist daher mit der ersten Modellrechnung vergleichbar. Die Investitionen und die Staatsausgaben gehören gesamtwirtschaftlich zur Nachfrage, und die geplante Investi-

tionszulage kann in diesem Fall als indirekte Form der Nachfragesubventionierung verstanden werden. Auf der anderen Seite soll die Angebotsseite durch Investitionsanreize gestärkt werden, was der zweiten Modellrechnung sehr nahekommt. Dabei werden in der Modellanalyse in Form von Steuererleichterungen sowohl Investitionsanreize für die Unternehmen als auch Konsumanreize für die privaten Haushalte gegeben, während im Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung die Konjunkturbelebungsimpulse auf die Unternehmen beschränkt bleiben. Daneben sind im Rahmen des geplanten Beschäftigungsprogramms auch Steuer-senkungen bei den direkten Steuern für 1984 vorgesehen, was ebenfalls Bestandteil der zweiten Modellrechnung ist.

Die folgende quantitative Analyse entstand mit Hilfe ökonomischer Berechnungen, die es gestatten, alternative wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen hinsichtlich ihrer Implikationen für die Konjunktur-entwicklung zu untersuchen. Den beiden Modellrechnungen

¹ Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Politik, Informationen aus Bonn, Nr. 1, Februar 1982.

² Diese quantitative Analyse entstand im Rahmen einer Untersuchung über die Umsatzsteuer. Vgl. Wolfgang Kitterer unter Mitarbeit von Joachim Fronia: Belastungswirkungen der Umsatzsteuer, Tübingen 1981. Eine ausführliche Darstellung der ökonomischen Modellrechnungen und der wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen ist zu finden in Joachim Fronia: Auswirkungen von Umsatzsteuererhöhungen auf Preise, Produktion und Beschäftigung, in: Aktuelle Probleme der Wirtschaftspolitik, Ökonomische Untersuchung anhand des F&T-Modells, Tübingen 1982.

³ Vgl. im einzelnen Joachim Fronia, a.a.O.

Dr. rer. pol. Joachim Fronia, 30, ist wissenschaftlicher Referent und stellvertretender Geschäftsführer am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen.

lag das F&T-Modell zugrunde⁴, ein ökonomisches Vierteljahresmodell für den güterwirtschaftlichen und monetären Bereich der Bundesrepublik Deutschland. Das Modell erklärt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung des Verhaltens der Unternehmen, der privaten Haushalte und des Staates.

Der Analysezeitraum umfaßt die Jahre 1968, 1. Quartal, bis 1978, 4. Quartal. Ausgangspunkt der beiden Modellrechnungen ist eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 1 Prozentpunkt zum 3. Quartal 1973. Zeitlich fällt diese Mehrwertsteuererhöhung mit dem Beginn einer Rezession zusammen. Dies hat den Vorteil, daß die Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung in einer Konjunkturphase wie der gegenwärtigen untersucht werden können, wodurch vor allem die These der Preisüberwälzung in einer Rezession eine Überprüfung erfährt. Um dem finanzwissenschaftlichen Charakter der Untersuchung besser gerecht werden zu können, wurde das F&T-Modell durch die Hinzunahme einer Budgetrestriktion für den Staat (keine zusätzliche Staatsverschuldung) ergänzt.

Bei den Modellanalysen stehen die Wirkungen auf die Zahl der Beschäftigten bzw. auf die Zahl der Arbeitslosen im Mittelpunkt des Interesses, da ein Beschäftigungsprogramm an seinen Erfolgen bzw. Mißerfolgen bei der Änderung der Beschäftigungssituation gemessen wird. Daneben sind aber auch die Preisentwicklung, insbesondere die für den privaten Verbrauch, und die gesamtwirtschaftlichen Folgen, gemessen an der Entwicklung des Bruttosozialproduktes, für die Beurteilung eines Konjunkturprogrammes von besonderer Bedeutung. Die Reaktionen aller drei Größen auf die Mehrwertsteuererhöhung sollen im folgenden näher beleuchtet werden.

Erhöhung des Staatskonsums

Die erste Modellrechnung unterstellt, daß die Mehrwertsteuermehreinnahmen in zusätzlichen *Staatskonsum* umgewandelt werden. In diesem Zusammenhang steht bei der Analyse der Preisentwicklung vor allem die Überwälzungsfrage im Vordergrund, d. h. die Frage, ob die hier unterstellte Steuer mehrbelastung, deren zeitlicher Beginn mit dem Anfang einer Phase rückläufiger Konjunktur zusammenfällt, an die Endverbraucher weitergegeben werden kann. Theoretisch könnte dabei, bei einer isolierten Betrachtung der Kausalzusammenhänge über die Nachfrageseite, dem preistreibenden Impuls der Mehrwertsteuersatzerhöhung auch ein kompensatorischer Effekt gegenüberstehen. Dieser dämpfende Einfluß auf den Preisindex des privaten Verbrauchs könnte dadurch verursacht werden, daß bei gleichbleibender Einkommenshöhe und höherer Bela-

stung der privaten Haushalte mit indirekten Steuern die mengenmäßige Nachfrage zurückgeht. Läßt man die Möglichkeit zusätzlicher Lageraufstockungen außer acht, sinkt der Auslastungsgrad der Unternehmen. Sofern die Unternehmen diese Entwicklung zum Anlaß nehmen, ihre Preise zu reduzieren, kommt es zu einem preisdämpfenden Effekt. Angebotsseitig argumentiert kann ein sinkender Auslastungsgrad als Indikator für eine Ausweitung des potentiellen Angebots interpretiert werden, wenn die Produktion unverändert bleibt. Aber auch in diesem Fall würde ein sinkender Auslastungsgrad einen dämpfenden Einfluß auf die mehrwertsteuerinduzierten Preissteigerungen erwarten lassen.

Die Modellrechnung hat diese Zusammenhänge nicht bestätigt. Die zeitliche Entwicklung des Preisindex bei der Modellrechnung läßt sogar einen schnellen und abrupten Anstieg der Preise als Folge der Mehrwertsteuererhöhung erkennen und zeigt keinen, vom Auslastungsgrad übertragenen, dämpfenden Einfluß auf die steuerinduzierten Preissteigerungen.

Über den gesamten Analysezeitraum gesehen steigt der Preisindex des privaten Verbrauchs um 3,5 Prozentpunkte. Mit der durchschnittlichen Mehrwertsteuersatzerhöhung von 9 %⁵ bzw. – unter Berücksichtigung der Preisbasis – von 0,9 %⁶, ergibt sich für den Preisindex des privaten Verbrauchs unter den Annahmen einer Budgetverlängerung und eines Rezessionsbeginns eine durchschnittliche Elastizität von 2,8, d. h. der Preisindex des privaten Verbrauchs reagiert relativ elastisch auf Mehrwertsteuererhöhungen. Nimmt man die mit einer anderen Methode durchgeführten Berechnungen der Bundesregierung zum Ausmaß der Preisindexsteigerungen – im Zusammenhang mit den Steuerreformen der letzten Jahre schätzte die Bundesregierung den Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte bei einer Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um einen Prozentpunkt rein rechnerisch auf 0,6 bis 0,7 Prozentpunkte – bei Mehrwertsteuersatzerhöhungen⁷ als Anhaltspunkt, so kann man

⁴ Vgl. Dietrich Lüdeke, Fokion Fotiadis, Dieter Friedrich, Joachim Fronia, Wulfheinrich von Natzmer, Wolfgang Röhling, Rolf Schneider: F&T-Modell. Freiburger und Tübinger ökonomisches Vierteljahresmodell, Version 78, Tübingen 1981.

⁵ Eine Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozentpunkt von 11 % auf 12 % bzw. von 12 % auf 13 %, wie sie bei der Modellrechnung angenommen wurde, entspricht einer prozentualen Anhebung des Steuersatzes um 9 %.

⁶ Geht man bei einem Steuersatz von 12 % bzw. 13 % von einem Nettopreisindex von 100 (Bruttopreisindex 112 bzw. 113) aus, so bedeutet eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes um 1 Prozentpunkt, d. h. um 9 % bzw. 8 %, eine Erhöhung des (Brutto-)Preisindex jeweils um 0,9 %.

⁷ Vgl. die Begründung zum Steueränderungsgesetz 1977, Bundestagsdrucksache 8/292 vom 16. 4. 1977, S. 19, sowie die Begründung zum Steueränderungsgesetz 1979, Bundestagsdrucksache 8/2118 vom 22. 9. 1978, S. 66.

schließen, daß unter den hier gegebenen Annahmen Überwälzungsvorgänge festzustellen sind, die die rein rechnerische Preiserhöhung deutlich übertreffen.

Da die Mehrwertsteuererhöhung nicht nur den Preisindex des privaten Verbrauchs, sondern auch den Preisindex des Bruttosozialprodukts beeinflusst, ist bei den Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung vor allem die reale Betrachtungsweise von Interesse. Das reale Bruttosozialprodukt erfährt geringe konjunkturbelebende Impulse. Diese Impulse werden vor allem durch die Annahme eines sofortigen Verbrauchs der zusätzlichen Steuermehreinnahmen hervorgerufen, da der erhöhte staatliche Konsum als Teil der Güterverwendung sofort in das Bruttosozialprodukt einfließt und gleichzeitig Multiplikatoreffekte hervorruft. Zusammen erhöhen die direkten und indirekten Wirkungen das reale Bruttosozialprodukt um 22,8 Mrd. DM, was, bezogen auf den gesamten Analysezeitraum, einer durchschnittlichen Erhöhung um 0,5 % entspricht. Die zeitliche Entwicklung zeigt allerdings deutlich, daß die positiven Wirkungen nicht langfristig sind, da bei dieser Modellrechnung zunehmende positive Effekte auf das reale Bruttosozialprodukt nur für die Dauer eines Jahres nach der Mehrwertsteuererhöhung festzustellen sind.

Schließlich ist zu fragen, wie sich die zusätzlichen, durch Mehrwertsteuererhöhungen finanzierten Staatsausgaben auf die Zahl der Beschäftigten auswirken. In der Tat sind positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt zu erkennen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt bei dieser Modellanalyse stets unter den Vergleichszahlen ohne Mehrwertsteuererhöhung. Insgesamt würden in den fünfzehn Jahren, für die die modellmäßige Wirkungsanalyse durchgeführt wurde (vom 3. Quartal 1973 bis zum 4. Quartal 1978), 90 000 Arbeitskräfte mehr beschäftigt werden. Würden im Anschluß an die Mehrwertsteuererhöhung 90 000 Arbeitslose sofort als Erwerbstätige in den Wirtschaftsprozess eingegliedert, so könnten diese rein rechnerisch und bei entsprechender Qualifikation die durch die erhöhte Staatsnachfrage notwendige Mehrproduktion herstellen. Im Zeitablauf sind die Wirkungen, die vom Staatskonsum ausgehen, jedoch nicht konstant, wie aus Abbildung 1 hervorgeht. Es ist ein kontinuierlicher Abbau der Arbeitslosenzahl über eineinhalb Jahre als erster Anpassungsprozeß festzustellen. Die durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der staatlichen Ausgaben hervorgerufenen Langzeitwirkungen bedingen aber nach etwa vier bis viereinhalb Jahren wieder eine steigende Tendenz der Arbeitslosenzahl, die zum Teil auf bis dahin abgeschlossene Rationalisierungsinvestitionen zurückzuführen ist.

Abbildung 1

Abbau der Arbeitslosigkeit insgesamt als Summe der Anteile der Übertragungskomponenten bei einem steuerfinanzierten Konjunkturprogramm

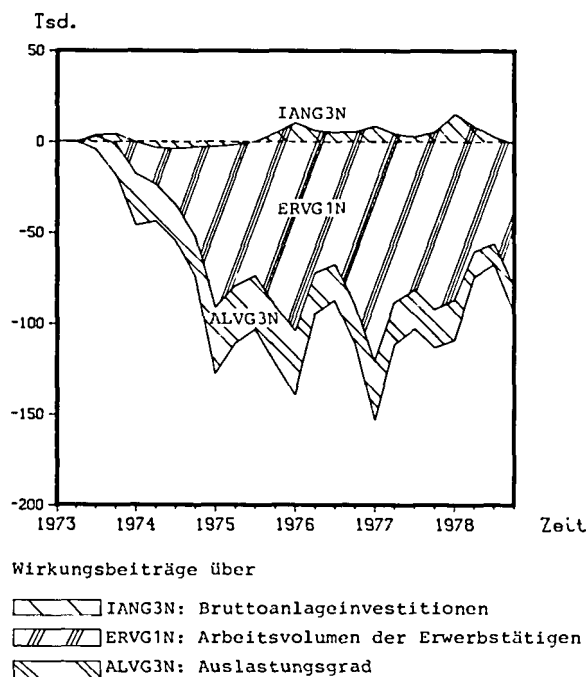


Tabelle 1

Kumulierte Beiträge der Übertragungskomponenten zum Abbau der Arbeitslosenzahl bei einem steuerfinanzierten Konjunkturprogramm

Jahr	Abbau der Arbeitslosenzahl insgesamt(-)	Beiträge zum Abbau der Arbeitslosenzahl über		
		Auslastungsgrad	Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen	Bruttoanlageinvestitionen
1973	- 11.000	-12.000	- 3.000	4.000
1974	- 55.000	-24.000	- 29.000	-2.000
1975	-116.000	-35.000	- 81.000	0
1976	-108.000	-26.000	- 89.000	7.000
1977	-120.000	-25.000	-100.000	5.000
1978	- 86.000	-16.000	- 76.000	6.000
∅	- 89.000	-24.000	- 68.000	3.000
%	- 100	- 27,0	- 76,4	3,4

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, welche Komponenten in welchem Umfang zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Tabelle 1 zeigt, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit im Durchschnitt zu drei Vierteln durch eine Zunahme des Arbeitsvolumens der Erwerbstätigen und zu einem Viertel durch eine Erhöhung des Auslastungsgrades der verarbeitenden Industrie

zustande kommt. In beiden Fällen ist die vermehrte Staatsnachfrage auslösendes Moment für den Rückgang der Arbeitslosenzahl.

Durch die Erhöhung des Auslastungsgrades werden im Durchschnitt der Analysejahre ca. 24 000 Arbeitskräfte mehr benötigt und bei konstanter Arbeitsproduktivität werden 68 000 Arbeitskräfte zusätzlich erforderlich, um das gestiegene reale Bruttosozialprodukt erzeugen zu können. Allerdings sind im gesamten Analysezeitraum Investitionen durchgeführt worden, die 3000 Arbeitsplätze einsparen. Auch unter Berücksichtigung der anderen volkswirtschaftlichen Interdependenzen ergibt sich dann insgesamt ein Nettoabbau der Arbeitslosenzahl von 90 000 (vgl. im einzelnen Tabelle 1). Dieser Mehrbedarf an Arbeitskräften senkt die Arbeitslosenquote, die während des Referenzzeitraumes eine Höhe von durchschnittlich 3,65 % hatte, auf 3,25 %. Die Reduzierung der Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte legt den Schluß nahe, daß ein steuerfinanziertes Beschäftigungsprogramm nur geringe positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt ausübt.

Senkung der direkten Steuern

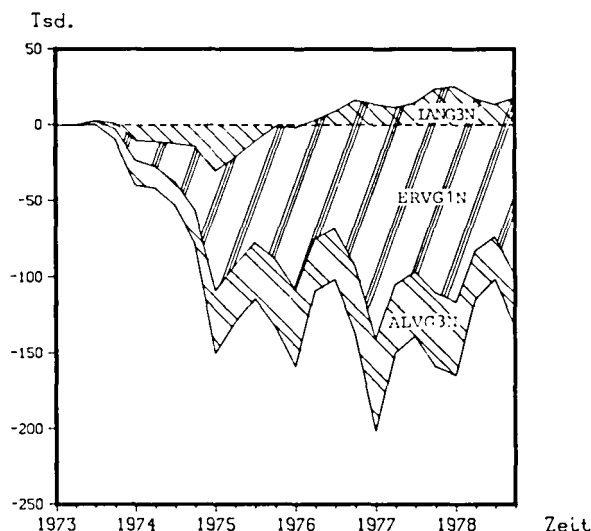
Bei der zweiten Modellanalyse wird die Mehrwertsteuererhöhung durch eine betragsmäßig gleiche Steuerensenkung bei den direkten Steuern kompensiert. Dies entspricht einer aufkommensneutralen Steuerstrukturverschiebung. Die Senkungen der direkten Steuern werden im Modell entsprechend der Anteile der Arbeitnehmer und Unternehmer am Aufkommen der direkten Steuern vorgenommen.

Auch bei der zweiten Modellanalyse ist ein plötzlicher Anstieg des Preisindex des privaten Verbrauchs nach der Steuererhöhung festzustellen. Insgesamt steigt der Preisindex im gesamten Untersuchungszeitraum um durchschnittlich 3,6 Prozentpunkte, was wiederum wie bei der ersten Modellrechnung einer durchschnittlichen Elastizität von 2,8 entspricht. Diese relativ elastische Preisreaktion läßt erneut den Schluß zu, daß auch unter der Annahme einer Steuerstrukturveränderung Überwälzungsvorgänge stattfinden, die die rein rechnerischen, von der Bundesregierung geschätzten Preiserhöhungen übertreffen.

In der zeitlichen Entwicklung des realen Bruttosozialproduktes zeigen sich auch bei dieser Modellrechnung positive Effekte, deren Ursache die Entlastung bei den direkten Steuern ist. Durch diese Entlastung werden nämlich die realen Abzüge vom Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gesenkt, wodurch die realen und nominalen Nettogewinne der Unternehmen steigen. Dies hat in der Modellrechnung zur Folge, daß die Ausrüstungsinvestitionen und dadurch die ge-

Abbildung 2

Abbau der Arbeitslosigkeit insgesamt als Summe der Anteile der Übertragungskomponenten bei einer Steuerstrukturveränderung



Wirkungsbeiträge über

- IANG3N: Bruttoanlageinvestitionen
- ERVG1N: Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen
- ALVG3N: Auslastungsgrad

samte reale Güterverwendung sowie schließlich das reale Bruttosozialprodukt steigen. Insgesamt erfährt das reale Bruttosozialprodukt einen Zuwachs von 32,2 Mrd. DM. Aus der zeitlichen Abfolge dieser Erhöhung ist allerdings nicht zu erkennen, ob die positiven Effekte auf das reale Bruttosozialprodukt von Dauer sind. Um darüber abschließend Aussagen machen zu können, müßte der Analysezeitraum über das Jahr 1978 hinaus verlängert werden. Alles in allem bestätigt die Zunahme des realen Bruttosozialproduktes jedoch den positiven Einfluß einer Steuerstrukturverschiebung auf die Aktivitäten der Wirtschaftssubjekte.

Neben der positiven Beeinflussung der Unternehmensinvestitionen über eine Erhöhung der Gewinne haben auch die privaten Haushalte Einfluß auf die Zunahme des realen Bruttosozialproduktes. Die verringerte Steuerlast bei den direkten Abzügen läßt die Haushalte annehmen, insgesamt weniger Steuern zahlen zu müssen, was aber nicht der Fall ist. Die Erhöhung des Nettoeinkommens veranlaßt sie deshalb, mehr zu konsumieren, wobei die Modellanalyse ergab, daß das gestiegene Nettoeinkommen als Finanzierungsquelle nicht ausreicht, sondern zusätzlich Kreditaufnahmen für Konsumzwecke notwendig werden. Diese eher steuerpsychologisch bedingte Nachfragersteigerung führt gleich-

wohl zu einer Zunahme des gesamten realen Bruttosozialprodukts.

Zu klären bleibt nun noch, in welchem Ausmaß die Mehrwertsteuererhöhung einerseits und die Senkung der direkten Steuern andererseits die Beschäftigungssituation verändern. Ähnlich wie in der ersten Modellrechnung ist im Untersuchungszeitraum ein Nettoabbau der Arbeitslosenzahl in Höhe von 110 000 festzustellen. Die zeitliche Entwicklung des Abbaus der Zahl der Arbeitslosen macht deutlich, daß der beschäftigungspolitisch erwünschte Effekt sechs Perioden (eineinhalb Jahre) anhält. Wie durch Abbildung 2 verdeutlicht wird, werden danach bis auf saisonal bedingte Änderungen keine weiteren Arbeitslosen in den Produktionsprozeß eingegliedert.

Aus Abbildung 2 ist zudem zu ersehen, daß gegen Ende des Analysezeitraumes ein erneuter Anstieg der Arbeitslosenzahl eintritt. Dies ist eine Folge der zusätzlichen Investitionstätigkeit der Unternehmen (die auch bei dem gegenwärtig angestrebten Beschäftigungsprogramm erwünscht und erwartet wird), wobei aber Teile dieser Investitionen (gewünschte?) Rationalisierungsinvestitionen sind und nach etwa drei Jahren dazu führen, daß die Zahl der Beschäftigten wieder abnimmt. Dennoch bleibt am Ende des Untersuchungszeitraumes ein Abbau der Arbeitslosenzahl, der nach Tabelle 2 zu 70 % durch die Zunahme des Arbeitsvolumens und zu 30 % durch die Erhöhung des Auslastungsgrades zustande kommt. Ursachen dafür sind in beiden Fällen die durch die Senkung der direkten Steuern hervorgerufene höhere Endnachfrage der privaten Haushalte und vermehrte Investitionstätigkeit der Unternehmen. Als Fazit kann festgehalten werden, daß durch eine Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozentpunkt bei gleichzeitiger quantitativer Kompensation durch Senkung der direkten Steuern die Arbeitslosenquote im gesamten Referenzzeitraum um 0,5 Prozentpunkte von 3,65 % auf 3,16 % gesenkt worden wäre.

Vergleich der Modellanalysen

Bei beiden Modellanalysen wurde eine Mehrwertsteuersatzerhöhung von 1 Prozentpunkt unterstellt. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung des Mehrwertsteuersatzes um 9 % und bewirkt innerhalb von fünfzehn Jahren bei der ersten Modellrechnung eine Erhöhung des Umsatzsteueraufkommens und der Staatsausgaben von ca. 50 Mrd. DM und bei der zweiten Modellrechnung eine Zunahme des Umsatzsteueraufkommens um ca. 55 Mrd. DM und eine gleich große Senkung der direkten Steuern. Anhand dieses ersten Vergleichs sieht man bereits, daß trotz eines gleich großen Impulsanstoßes die kumulierten Wirkungen unter-

Tabelle 2
Kumulierte Beiträge der Übertragungskomponenten zum Abbau der Arbeitslosenzahl bei einer Steuerstrukturveränderung

Jahr	Abbau der Arbeitslosenzahl insgesamt(-)	Beiträge zum Abbau der Arbeitslosenzahl über		
		Auslastungsgrad	Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen	Bruttoanlageinvestitionen
1973	- 5.000	- 4.000	- 2.000	1.000
1974	- 56.000	-19.000	- 25.000	-12.000
1975	-132.000	-43.000	- 74.000	-15.000
1976	-127.000	-44.000	- 91.000	8.000
1977	-162.000	-52.000	-126.000	16.000
1978	-128.000	-36.000	-111.000	19.000
∅	-111.000	-36.000	- 78.000	3.000
%	- 100	- 32,4	- 70,6	3,0

Tabelle 3
Gegenüberstellung ausgewählter Wirkungen

Variable	Wirkung bei			
	Modellrechnung I (steuerfinanziertes Konjunkturprogramm) absolut prozentual		Modellrechnung II (Steuerstruktur- veränderung) absolut prozentual	
Steuern vom Umsatz ¹	+50,6 Mrd. DM	+ 15,4 %	+54,6 Mrd. DM	+ 16,6 %
Öffentlicher Verbrauch, nominal ¹	+50,0 Mrd. DM	+ 4,1 %	-	-
Direkte Steuern insgesamt, nominal ¹	-	-	-54,1 Mrd. DM	- 7,2 %
Privater Verbrauch, Preisindex (Basis 1970 = 100) ²	+ 3,5 Prozentpunkte	+ 2,5 %	+ 3,6 Prozentpunkte	+ 2,6 %
Bruttosozialprodukt, real ¹	+22,7 Mrd. DM	+ 0,5 %	+32,2 Mrd. DM	+ 0,7 %
Arbeitslose ²	-90.000	- 1,3 %	- 110.000	- 1,5 %
Arbeitslosenquote ²	- 0,4 Prozentpunkte		- 0,5 Prozentpunkte	

¹ Kumulierte Werte über den gesamten Analysezeitraum.

² Durchschnittswerte bezogen auf den gesamten Analysezeitraum.

schiedlich sind, was eine Folge der andersgerichteten Wirkungsabläufe der beiden Modellrechnungen mit quantitativ anderen Neben- und Rückkoppelungseffekten ist.

Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Mehrwertsteuererhöhung bewirken schließlich unterschiedlich starke konjunkturelle Reaktionen. Aus Tabelle 3 geht hervor, daß die reale Bruttosozialproduktsteigerung bei der zweiten Modellanalyse mit 32 Mrd. DM größer ausfällt als bei der ersten mit 23 Mrd. DM. Die positiven konjunkturellen Auswirkungen von Mehrwert-

steuersatzänderungen sind demnach in ihrer Höhe entscheidend davon abhängig, welchem Verwendungszweck die Steuermehreinnahmen dienen sollen. Eine Überführung der Steuermehreinnahmen in zusätzlichen Staatsverbrauch ist, was die positiven konjunkturellen Auswirkungen betrifft, dabei weniger geeignet als eine gleich große Steuersenkung bei anderen, hier den direkten Steuern.

Zum einen hemmt eine direkte steuerliche Belastung die wirtschaftlichen Aktivitäten der Wirtschaftssubjekte stärker als eine indirekte Steuerlast, und zum andern nimmt die Staatsquote in der zweiten Modellberechnung nicht unnötigerweise zu, während es sich in der ersten Modellrechnung bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer und einer gleich großen Zunahme des Staatskonsums nur um eine Budgetverlängerung handelt.

Positive Konjunkturbeeinflussung

Die positiven Effekte auf die Konjunktur sind auch auf der Beschäftigungsseite sichtbar. Dabei geht die Zahl der Arbeitslosen bei der ersten Modellanalyse mit ca. 90 000 um etwas weniger zurück als bei der zweiten mit ca. 110 000. Bei beiden Verwendungsarten der Mehrwertsteuereinnahmen dauert die Umsetzung der positiven Beschäftigungseffekte ca. eineinhalb Jahre. Insgesamt sind folglich sowohl bei einem steuerfinanzierten Konjunkturprogramm als auch bei einer Steuerstrukturverschiebung zu Lasten der indirekten Steuern positive Nettoeffekte auf dem Arbeitsmarkt feststellbar. Allerdings fallen diese Effekte verhältnismäßig bescheiden aus.

Durch die positiven konjunkturellen Auswirkungen auch auf die Endnachfrage steigt das Steuereinkommen des Staates an indirekten Steuern über das durch die Mehrwertsteuersatzerhöhung verursachte Maß hinaus zusätzlich an. Der Staat hat demnach die Möglichkeit, durch Mehrwertsteuersatzänderungen Anreize oder Hemmnisse für die wirtschaftlichen Aktivitäten zu setzen und im Falle der positiven Beeinflussung der wirtschaftlichen Aktivitäten sein Steueraufkommen über den direkten, rein arithmetisch berechenbaren Zuwachs bei gleichbleibender Besteuerungsbasis zu erhöhen. Dieser positive Nebeneffekt existiert in beiden Modellanalysen und wird bei der zweiten noch dadurch verstärkt, daß die zusätzlichen Steuermehreinnahmen bei den indirekten Steuern stets die Einnahmen bei den direkten Steuern um diesen zusätzlichen Betrag verringern, d. h. die Wirtschaftssubjekte werden über die rein arithmetische, ursprüngliche Steuerentlastung bei den direkten Steuern zusätzlich entlastet, weil sich höhere Mehrwertsteuereinnahmen einstellen, die ihre direkte

Steuerbelastung wiederum reduzieren, wodurch ihre wirtschaftlichen Aktivitäten erneut gesteigert werden. Es liegt hier also ein sich selbst erhaltender Wirkungskreislauf zwischen direkter Steuerentlastung, Steigerung der Wirtschaftsaktivität und Zunahme der indirekten Steuern vor.

Die gesamte positive Beeinflussung der konjunkturellen Entwicklung muß allerdings mit einem Nachteil erkaufte werden. Die Preisentwicklung verläuft bei beiden Modellanalysen ungünstiger, als sie tatsächlich verlief. Insbesondere der Preisindex des privaten Verbrauchs als Indikator für die Kosten der Lebenshaltung nimmt durch die Mehrwertsteuersatzerhöhung stark zu. Bei beiden Modellanalysen findet trotz möglicher gegenläufiger Wirkungen, z. B. über einen sinkenden Auslastungsgrad, insgesamt keine Abschwächung der Steuerüberwälzung statt. Im Gegenteil, die positiven realwirtschaftlichen Entwicklungen übertragen gegen Ende des Untersuchungszeitraums auch über den Auslastungsgrad einen zusätzlichen inflatorischen Effekt auf den Preisindex des privaten Verbrauchs. Durch die güterwirtschaftliche Entwicklung wird zudem die monetäre Ebene u. a. in Form einer Zunahme der Buchkreditnachfrage der privaten Haushalte beeinflusst, wodurch sich ebenfalls geringe preissteigernde Wirkungen bemerkbar machen.

Konsequenzen für das Beschäftigungsprogramm

Für das beabsichtigte Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung ergibt sich aus den hier durchgeführten ökonomischen Modellrechnungen mit ihren quantitativen Ergebnissen als Orientierungshilfe folgendes:

- Die analysierte Senkung der direkten Steuern kommt der beabsichtigten Investitionszulage, was die konjunkturbelebenden Effekte betrifft, ziemlich nahe, zumal von der Bundesregierung für 1984 auch eine Steuerreform mit einer Senkung der direkten Steuern vorgesehen ist.
- Mehrwertsteuererhöhungen sind auch in einer Rezession preistreibend.
- Die aufgrund der Konjunkturanreize zusätzlich getätigten Investitionen sind zum Teil Rationalisierungsinvestitionen.
- Es sind lediglich bescheidene Effekte in Richtung eines Abbaus der Arbeitslosigkeit zu erwarten.
- Eine Umstrukturierung des Steuersystems verspricht hinsichtlich der Überwindung einer Rezession einen größeren Erfolg als ein steuerfinanziertes staatliches Ausgabenprogramm.